Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

Preis 60 000 Mk.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Dienstag
21. August 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Halbmonats-Bezugspreis 600 000 ℳ freibleibend.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder erzwungener Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückgabe eines Entgelts. Tagespreis für Anzeigen 160 000 ℳ je 33 mm breite mm-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet

21. 8. 10 Nr. 383 60 000
62. Jahrgang.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

Deutsche Politik.

Am 5. Oktober 1918 hat die deutsche Regierung die vom Präsidenten Wilson aufgestellten 14 Punkte angenommen und das Ersuchen gestellt, auf Grund derselben die Friedensverhandlungen zu eröffnen. Das war die letzte Handlung aktiver deutscher Politik für eine lange Zeit.

Weil das deutsche Volk, im Vertrauen auf das gegebene Wort und die feierlichen Versprechungen der Entente, vorzeitig die Waffen niederlegte und zu spät erkannte, daß es jämmerlich betrogen worden war, sank Deutschland zum wehrlosen Objekt herab. Es hat unsäglich lange gedauert, bis die Erkenntnis dieser Tatsache Allgemeingut der Nation wurde; und noch viel mehr Drangsal und Marter war nötig, bis der Wille zur Selbstverteidigung wieder erwachte.

Kein Geringerer als der englische Feldmarschall Haig hat in einer Versammlung der „British Empire Service League" erklärt: „Eine wehrlose Nation vermag weder Achtung noch Freundschaft bei den Nachbarn zu erhalten!"

Nun hat das deutsche Volk seit Jahren keine Waffen mehr, um seine Lebensrechte zu verteidigen, aber in einem Kulturvolk von noch immer 70 Millionen bildet die — einheitlichem Willen entspringende — Energie immer einen nicht zu unterschätzenden Machtfaktor.

Wenn sich heute in der Welt Stimmen zu regen beginnen, welche eine Fortsetzung der Vernichtungspolitik gegenüber dem deutschen Volke nicht mehr billigen, sondern einer Lösung auf vernünftiger Grundlage das Wort reden, dann ist nicht etwa das Gewissen oder die Frage des angetanen Unrechtes Ursache solcher Wandlung, sondern lediglich praktische, nüchterne Erwägung und Erkenntnis bestimmter Tatsachen dabei maßgebend.

Zunächst ist zu bemerken, daß die Engländer, als Volk von Kaufleuten und Rechnern par exellence, schon längst erkannt haben, daß der ganze Krieg, den sie unstreitig begünstigt und zumindest absichtlich nicht verhindert haben, obwohl sie ihn mit Leichtigkeit und unter Erhöhung ihres Prestiges unmöglich machen konnten — ein sehr schlechtes Geschäft gewesen ist. „War does not pay" ist ein geflügeltes Wort in England, und weil seit Friedensschluß und namentlich infolge der immer deutlicher werdenden französischen imperialistischen Politik die Konsequenzen des Versailler Diktats sich immer klarer zu einer wirtschaftlichen Katastrophe für ganz Europa und auch für England auszuwachsen beginnen, soll dieses Verlustgeschäft so rasch als möglich zum Abschlusse gebracht werden. Bei diesen Erwägungen ist Recht oder Gerechtigkeit gänzlich Nebensache; lediglich der sacro egoismo entscheidet.

Wie weit hat die deutsche Politik auf diese Entwicklung Einfluß gehabt? War sie überhaupt in der Lage, diese Wendung herbeizuführen? Prüft man ernstlich die Stimmen, die im Lager der ehemaligen Entente in den Jahren seit Friedensschluß laut geworden sind, dann kann man drei Momente festhalten, welche immer wiederkehren:

Zuerst ist es die Befürchtung, daß Deutschland und Rußland sich in Zukunft verbinden und als geschlossene Machtgruppe eine Korrektur des Versailler Raubes und der Rußland aufgezwungenen territorialen Grenzen eines Tages verlangen könnten.

Ferner wird seit einiger Zeit immer wieder versucht, Deutschland zu veranlassen, dem Völkerbund beizutreten. Dieses Beginnen ist wohl der schlaueste Schachzug, den Deutschlands Feinde unternehmen, und der für Deutschlands Zukunft gefährlichste Schritt. Würde nämlich Deutschland, bedingungslos und ohne Vorbehalt, in den Völkerbund, so wie er im Versailler Diktat festgesetzt wurde, überhaupt eintreten, dann wäre Deutschlands Schicksal und Zukunft besiegelt. Deutschland würde nämlich durch einen solchen Schritt noch einmal das Versailler Diktat — und zwar diesmal freiwillig und ungezwungen — anerkennen und unterschreiben; es wäre gleichzeitig seines einzigen natürlichen Bundesgenossen, nämlich Rußlands, beraubt. Eingekreist im Völkerbunde wäre es der Gefangene einer von Frankreich kommandierten Genossenschaft, die zu allen Befehlen des französischen Regisseurs Ja und Amen sagt. Deutschland würde sofort niedergeschrieen, sobald es Recht und Gerechtigkeit verlangen würde.

Endlich bildet der deutsche passive Widerstand gegenüber französischer Erpresserpolitik eine immer lauter werdende Klage im Munde des ärgsten Feindes Deutschlands, des Herrn Poincaré.

Zusammenfassend darf daher gesagt werden, daß die deutsche Politik sich seit dem Schmachvertrage von Versailles und trotz der Fesseln, in die sie geschlagen ist, in drei Fällen zu einer aktiven Leistung aufzuraffen vermochte: durch den Abschluß des Vertrages von Rapallo, durch die Weigerung, dem Völkerbunde in seiner derzeitigen Gestalt und Zusammensetzung vorbehaltlos beizutreten, und endlich durch die Organisierung des passiven Widerstandes gegenüber der französischen Raubpolitik.

Nur durch diese Taten ist Deutschland, wenn auch noch in sehr bescheidenem Grade, wieder zu einem politischen Faktor geworden, der einigermaßen im Kalkul der anderen Völker in Rechnung gestellt wird. Sache einer auf der Höhe ihrer Aufgabe stehenden deutschen politischen Führung ist es nun, diese geringen, aber für Deutschland kostbaren politischen Aktiven richtig zu nützen und nicht um ein Linsengericht etwa wieder preiszugeben.

Gracchus.

Erneuter Marksturz.

Die gestrige New Yorker Börse brachte einen neuen Rekord-Tiefstand der Mark! Die Schlußnotierung stellte sich auf 0,000013 (0,000025) Geld, 0,000015 (0,000027) Brief. Der Mittelkurs hiervon entspricht einem Dollarkurs in Berlin von 7 142 850 (3 846 154). In Berlin wurde gestern der Dollar amtlich mit 4 200 000, in Köln mit 5 900 000 notiert.

Frankreichs Mißerfolg an der Ruhr.

Amerikanischer Bericht über die Wirtschaftslage.

Washington, 19. 8. (Durch Funkspruch.)

Der amerikanische Verwaltungsbevollmächtigte bei der Internationalen Handelskammer in Paris, Basil Miles, hat einen umfassenden Bericht über die wirtschaftliche Lage an der Ruhr abgeschlossen. Darin vertritt er die Meinung, daß, wenn die Besetzung des Ruhrgebiets aufhörte, Deutschland in der Lage wäre, besser als irgendeines der anderen großen Länder Europas normale Verhältnisse in der Industrie wiederzugewinnen. Der Bericht ist von der amerikanischen Abteilung der Internationalen Handelskammer veröffentlicht worden. Er stellt fest, daß Frankreich nur annähernd ein Drittel so viel Kohle und Koks aus dem Ruhrgebiet erhalten habe, wie es voraussichtlich bei einer regulären Erfüllung der Reparationslieferungen bekommen hätte. Der Gedanke, daß Frankreich selbst an der Ruhr Kohle, Koks und Stahl ohne Mitwirkung der deutschen Arbeiter gewinnen könnte, sei unter Bedingungen, wie sie gegenwärtig beständen, phantastisch.

Ein phantastischer Plan.

Paris, 20. 8. Der Londoner „Temps"-Korrespondent glaubt mitteilen zu können, daß auf folgender Basis ein Einvernehmen zwischen Frankreich und England hergestellt werden könnte: Deutschlands Leistungsfähigkeit solle nicht von einer Sachverständigenkommission, sondern von der Reparationskommission geprüft werden. Nach einem Moratorium, das Deutschland zur Festigung seiner Finanzen und seiner Wirtschaft benutzen werde, solle die Höhe der endgültigen Reparationssumme festgesetzt werden, wobei gleichzeitig dafür gesorgt würde, daß die jeweils fälligen Beträge mit äußerster Strenge eingezogen würden. In der öffentlichen Meinung Englands mache sich, wie der Korrespondent des „Temps" behauptet, immer mehr dafür Stimmung geltend, auf Deutschland einen Druck dadurch auszuüben, daß die englische Flotte Hamburg und alle deutschen Häfen besetze. Damit würde dann ein „englisches Ruhrgebiet" geschaffen sein, und es bestehe die Möglichkeit, daß sich England wieder der gemeinsamen Sache der Alliierten anschlösse.

Dieser reichlich phantastische „Plan", den der „Temps"-Korrespondent aus London meldet, findet eine gewisse Ergänzung in einem Vorschlag der englischen Zeitschrift „The outlook", nur daß sich hier die Besetzung der deutschen Häfen nicht gegen Deutschland, sondern gegen Frankreich richten soll. Das Blatt schlägt vor:

Wenn Frankreich den englischen Vorschlag zum Einsatz einer internationalen Kommission ablehnt, soll England die deutschen Häfen in der Nord- und Ostsee besetzen. Die Kontrolle der deutschen Ein- und Ausfuhr würde nach einer kurzen Zeit des Einspielens dazu führen, vernünftige und angemessene Reparationszahlungen zu erreichen. Es wird dabei mit dem Einverständnis Deutschlands gerechnet. Wenn dieses nicht erfolgen sollte, droht man mit aktivem Vorstoß der Flotte. Mit der Kontrolle der deutschen Häfen hofft man Zentraleuropa zu beherrschen und damit Frankreichs Vorgehen Paroli bieten zu können. Daß aus diesem Vorgehen ein Krieg mit Frankreich entstehen könnte, lehnt das Blatt ab. Frankreich würde dabei mehr verlieren als England. Und sollte Frankreich als Gegenmaßregel auf Berlin marschieren, so meint das Blatt, würde das System des passiven Widerstandes, das so glänzende Erfolge am Rhein und an der Ruhr davongetragen hätte, Frankreichs Vorhaben in jedem Falle zunichte machen. Die wilden Männer in Paris würden weder die notwendige Menge an Geld noch an Leuten haben, um ganz Deutschland zu besetzen. Und der Besitz einer Kampfarmee hätte wenig Wert, wenn keine Schlachten zu schlagen seien.

Der Reichsinnenminister über die Regierung Stresemann.

Bern, 20. 8. (W. T. B.) Der Berliner Vertreter der Schweizerischen Depeschen-Agentur hatte eine Unterredung mit dem Reichsminister des Innern Sollmann, in deren Verlauf der Minister u. a. sagte, auch jetzt noch, wo die Erregung, die in Deutschland in der vergangenen Woche Platz gegriffen habe, abgeflaut sei, bemühten sich gewisse Zeitungen, aufbauschende Meldungen in die Welt zu schicken, um dadurch den Eindruck der Schwäche des neuen Kabinetts zu erwecken. Die jetzige Regierung werde sich aber als stärker erweisen als jede ihrer Vorgängerinnen seit der Revolution. Gewiß könne sie vor Beendigung des Ruhrkampfes und vor einer gewissen Lösung der Reparationsfrage keine wirklich durchgreifende Besserung der inneren Lage Deutschlands schaffen, aber sie sei fest gewillt und habe die Kraft dazu, Deutschland sich nicht in inneren Zuckungen verbluten zu lassen. Das Reichskabinett einschließlich des Reichskanzlers Dr. Stresemann halte die demokratische Republik für die einzige Staatsform, unter der Deutschland leben und seine Wirtschaft entwickeln könne. Eine außenpolitische Aktivität werde sich vielleicht ergeben, wenn die Erklärung der deutschen Regierung irgendeinen amtlichen Widerhall in Frankreich gefunden haben werde. Das Kabinett wolle die Hoheitsrechte der deutschen Republik wahren, aber es fühle sich von jedem Nationalismus frei.

Generalstreik in Griechenland.

Athen, 20. 8. (T. U.) In Griechenland ist der Generalstreik proklamiert worden. Die Regierung hat sofort ein Kriegsgericht gegen die Führer des Generalstreiks eingerichtet, ebenso hat sie das Handelsvereinsgesetz sofort aufgehoben. Hierdurch werden alle Arbeiterorganisationen aufgelöst.

*

Kbg. Wien, 20. 8. (Eigenbericht.) Der Generalstreik der Arbeiter in den Kohlenbergwerken der Tschechoslowakei hat heute früh begonnen. Es sind 110 000 Kohlenbergleute und 5000 Koksmänner in den Streik getreten. Auf Anordnung der Streikleitung werden jedoch die Wartungs- und Maschinenarbeiten von etwa zehntausend Mann weiter versehen.

Poincaré, der Pazifist.

„Temps"-Angriff gegen den Kanzler.

S. Paris, 20. 8. (Eigenbericht.)

Die Rede Poincarés findet in der Pariser Abendpresse „trotz ihrer Mäßigung" rückhaltlose Billigung. Auf die Mäßigung legen die Blätter diesmal besonders Gewicht, und zwar ist darunter die Unterlassung der üblichen Schmähungen gegen Deutschland zu verstehen. Sämtliche Kommentare der Blätter legen Wert darauf, zu betonen, daß der Ministerpräsident stets eine pazifistische Gesinnung (!) zum Ausdruck gebracht habe, und daß die **Ablehnung einer neuen nutzlosen Festsetzung der deutschen Zahlungsmöglichkeit, die Ablehnung der Ernennung einer internationalen Sachverständigenkommission und die Weigerung, die Ruhr zu räumen,** den Frieden fördere. Diese Friedenspolitik bedeute eine effektive Durchsetzung der bestehenden „Verträge".

Der „Intransigeant" sieht in der Rede des Ministerpräsidenten die Fortsetzung der gegen England begonnenen Demonstration, die Baldwin und Lord Curzon, die der einstimmigen Unterstützung des englischen Volkes nicht mehr sicher seien, zu denken geben würde.

Auch das „Journal des Débats" sieht in den gemäßigten Aeußerungen des Ministerpräsidenten, die von dem großen Wunsch nach Verständigung getragen seien, ein gutes Vorzeichen für die künftigen Verhandlungen. Wenn die öffentliche Meinung in Frankreich ruhiger geworden sei und den Ministerpräsidenten zu einer ruhigen Sprache aufgefordert habe, so sei dies im Bewußtsein geschehen, daß Frankreich auf dem Boden des Rechts stehe. **Man würde sich aber in England sehr irren, wenn man dort aus der Mäßigung in Poincarés Rede eine Aenderung der französischen Politik und eine Folge der letzten englischen Note erkennen zu können glaubte.** Der Wunsch zur Aufrechterhaltung der Entente habe sich vielmehr in allen französisch-englischen Unterhaltungen seit jeher bemerkbar gemacht.

Der „Temps", der offenbar in seinen Erwartungen von der neuen deutschen Regierung enttäuscht zu sein scheint, unternimmt heute gegen Reichskanzler Stresemann einen sehr heftigen Angriff, weil er die Verlängerung der Grenzsperre als eine Verletzung des Rechts der Menschheit und der Vernunft gekennzeichnet hat. Das Blatt fügt hinzu: Obgleich diese Maßregel nicht etwa von Frankreich, sondern von der interalliierten Rheinlandkommission getroffen worden sei, halte sich der Reichskanzler an Frankreich. Das Blatt verschweigt dabei, daß in den französischen Blättern ausdrücklich erklärt worden war, daß das französische Mitglied der Kommission diesen Antrag eingebracht habe. Das offiziöse Blatt rechtfertigt nachdrücklich diese Verordnung damit, daß die wiederholt begangenen „Sabotageakte" im Rheinland fast durchweg von Deutschen des unbesetzten Gebietes begangen worden seien. Wenn der Kanzler übrigens diese Frage in einer diplomatischen Unterhaltung aufgeworfen hätte, würde sich die Presse nicht eingemischt haben. „Wir würden es vorziehen", fährt das offiziöse Blatt fort, „die Finanzreformpläne der deutschen Regierung zu erörtern, aber Herr Stresemann hat es anders bestimmt. Er hat die Franzosen zu einer prinzipiellen Diskussion der Beziehungen zwischen Besiegtem und Sieger aufgefordert, und man wird ihm auf dieses Gebiet folgen." Hierzu sei zu sagen, daß der gegenwärtige Kanzler im Jahre 1918, nachdem das imperialistische Deutschland Europa und den Orient verwüstet hatte (!), stets alle „Taten" der damalign Regierung voll gebilligt habe, ja, er habe die deutsche Regierung zu noch schärferem Vorgehen angespornt. Heute protestiere er gegen eine Verletzung der Menschenrechte durch Frankreich und Belgien, die nur einen Bruchteil ihrer Forderungen einzutreiben versuchten

Nach einer offiziösen Mitteilung wird die französische Antwortnote morgen dem englischen Botschafter in Paris übergeben. Das neue Gelbbuch, daß die Antwortnote auf die englische Note enthalten wird, wird Mittwoch früh veröffentlicht werden.

Französisches Intrigenspiel.

S. Paris, 20. 8. (Eigenbericht.)

Der Berliner Korrespondent des „Journal" glaubt über die politischen Absichten des neuen deutschen Reichskanzlers sehr bestimmte (?) Mitteilungen machen zu können. Er erklärt „in absolut kategorischer Weise und im vollen Bewußtsein seiner Verantwortung" versichern zu können, daß der neue Reichskanzler schon jetzt in ein Intrigennetz verstrickt sei, dessen Fäden in London zusammenlaufen. Dr. Stresemann habe die feste Absicht gehabt, eine entscheidende Geste für eine Verständigung mit Frankreich zu tun, sei aber daran verhindert worden durch die englische Note und durch gewisse Informationen, die er aus London erhalten habe. Ein französischer Politiker, der früher Minister gewesen sei und heute eine hervorragende Stellung im internationalen Arbeitsamt einnähme (es dürfte sich um Albert Thomas handeln), habe sich vor einigen Tagen mit Dr. Stresemann unterhalten und vom neuen Kanzler nichts erreichen können.

Dr. Stresemann habe ihm seine in deutschen Zeitungen veröffentlichten Artikel zur Reparationsfrage vorgelegt. Der Eindruck, den der französische Politiker von dieser Unterhaltung gewonnen hat, sei, daß Dr. Stresemann darauf warte, daß Frankreich den ersten Schritt zu einer Verständigung tun werde, daß er aber nicht geneigt sei, ihn zuerst zu machen.

Amerikareise Dr. Cunos.

Der frühere Reichskanzler Dr. Cuno, der sich zur Zeit zur Erholung in der Nähe von Hamburg aufhält, wird voraussichtlich demnächst eine Reise nach Amerika antreten. Da Dr. Cuno von seiner früheren Tätigkeit bei der Hapag enge Beziehungen zu einflußreichen Kreisen Amerikas hat, und da andererseits die Reise des gewesenen Reichskanzlers nicht ohne politische Zwecke sein dürfte, ist es wahrscheinlich, daß Dr. Cuno sich auch mit schwebenden politischen Fragen, wie zum Beispiel dem Reparationsproblem, drüben befassen wird. Auch die Gerüchte, wonach Dr. Cuno für den Botschafterposten in Washington ausersehen sei, werden durch seine Reise neue Nahrung erhalten.

London in Erwartung der Pariser Antwort.

Morgen Kabinettssitzung.

London, 20. 8. (W. T. B.)

Den Blättern zufolge wendet sich das gesamte politische Interesse der französischen Antwort auf die britische Note zu, die morgen vormittag auf der englischen Botschaft in Paris überreicht und durch Kurier nach London überbracht werden soll.

„Evening Standard" zufolge kommt Baldwin morgen nach London zum Empfang der französischen Note und wird mit anderen Ministern an einer unformellen Sitzung des Kabinetts, die, wie man annimmt, am Mittwoch vormittag stattfindet, teilnehmen.

Reuter erfährt, daß die Frage der Abhaltung einer interalliierten Konferenz über das Reparationsproblem entschieden als verfrüht angesehen wird. Gut unterrichtete Kreise erklären, daß es erst nach Empfang der Note möglich sein werde, zu beurteilen, ob irgendeine Grundlage zu irgendeiner Vereinbarung zwischen den Alliierten bestehe, um die Abhaltung einer derartigen Konferenz zu rechtfertigen.

Ein neues Opfer französischer Soldateska.

Herne, 20. 8. (Mtb.) In Herne wurde ein Mann namens Post durch den Bajonettstich eines französischen Soldaten lebensgefährlich verletzt.

Krupp soll ins Liller Gefängnis geschleppt werden.

Düsseldorf, 20. 8. (W. T. B.) Wie verlautet, soll Herr Krupp v. Bohlen demnächst, offenbar zwecks Verschärfung seiner Strafe, von hier nach einem französischen Gefängnis — man spricht von Lille — übergeführt werden.

Fünf Düsseldorfer Geiseln ausgetrieben.

Düsseldorf, 20. 8. (W. T. B.) Wie kürzlich gemeldet, haben die Franzosen sieben Düsseldorfer Herren, angeblich Vertreter nationalistischer Verbände und Vereine, als Geiseln wegen des Handgranatenattentats auf dem Corneliusplatz festgenommen. Nunmehr sind fünf dieser Herren mit Familie unter Beschlagnahme ihrer Wohnungen „ausgewiesen" worden. Zum ersten Male sind damit nichtbeamtete Personen mit Familie ausgewiesen worden.

Japanische Milliardenspende für die Ruhr.

hem. Hamburg, 20. 8. (Eigenbericht.) Die letzte Woche brachte Hamburg den Besuch des japanischen Botschafters in Berlin, Hioki, und des Herrn Reita Fujiyama, des Präsidenten der Handelskammer in Tokio. Zu Ehren der beiden Gäste fanden in Hamburg verschiedene Festlichkeiten statt. Herrn Fujiyama führt auch eine längere Studienreise nach Deutschland. Der Präsident der Hamburger Handelskammer, Münchmayer, entbot seinem Kollegen von der Handelskammer in Tokio das Willkommen anläßlich eines Essens in der Gesellschaft „Harmonie", an dem Bürgermeister Dr. Diestel und der Botschafter Hioki teilnahmen. Der Vorsitzende des Ostasiatischen Vereins dankte dem Botschafter für sein verständnisvolles Arbeiten in Berlin und sprach die Erwartung aus, daß der Botschafter nach seiner Rückkehr nach Japan diese Arbeit fortsetzen werde im Interesse der beiderseitigen wirtschaftlichen Beziehungen. Der Botschafter stiftete einen Beitrag von 100 englischen Pfund zur Linderung der Ruhrnot.

Politische Reise der Königin von Rumänien.

S. Paris, 20. 8. (Eigenbericht.) Wie jetzt bekannt wird, hat der Besuch der Königin von Rumänien in Paris auch einen politischen Hintergrund gehabt. Dem „Matin" zufolge hat die Königin, deren Tochter Elisabeth die Königin von Griechenland ist, von Poincaré persönlich die Zusicherung erhalten, daß Frankreich dem jetzigen König Georg von Griechenland die Anerkennung nicht versagen werde. Die französische Regierung habe jede Regierung Konstantins bekämpft. Aber unter der Bedingung, daß König Georg die konstitutionelle Freiheit in Griechenland wiederherstellen werde, werde Frankreich mit der Anerkennung des neuen griechischen Königs nicht zurückhalten. In einigen Tagen wird sich die rumänische Königin nach London begeben, um sich mit der englischen Regierung über die gleiche Frage zu unterhalten

Es wird amtlich bestätigt, daß der französische Gesandte in Athen demnächst dem König Georg sein Beglaubigungsschreiben überreichen wird.

Letzte Nachrichten.

Köln, 20. 8. Nach einer Meldung der „Kölnischen Volkszeitung" aus Oberstein mußte wegen großen Kohlenmangels im Nahetal die Gas- und Stromerzeugung eingestellt werden, so daß die Industriebetriebe sich gezwungen sahen, zu schließen.

Kbg. Wien, 20. 8. (Eigenbericht.) In Neusatz geriet ein von zwei Offizieren gelenktes **Flugzeug** in 40 Meter Höhe **in Brand**. Einer der Offiziere verbrannte vollständig, der andere erlag nach einigen Stunden seinen schweren Verletzungen.

Kbg. Wien, 20. 8. (Eigenbericht.) Anläßlich der serbischen Gemeindewahlen kam es gestern in Mitrowitza zu einem blutigen **Zusammenstoß zwischen Nationalisten und Muselmanen,** wobei sieben Nationalisten getötet und 25 schwer verwundet wurden. Auf Seiten der Muselmanen wurden fünf Personen getötet.

London, 20. 8. Einer Reuter-Meldung aus Tokio zufolge ist der Premierminister **Baron Kato schwer erkrankt.** Wie man glaube, stehe sein Rücktritt bevor.

Druck der Botschafterkonferenz auf Litauen.

Unterzeichnung des Memelstatuts bis 9. September gefordert.

Kowno, 20. 8. (Mtb.) Wie dem „Echo" aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, teilt die Botschafterkonferenz in dem Begleitschreiben zum Vertragsentwurf und Schlußprotokoll betr. die Uebergabe des Memelgebietes an Litauen der litauischen Regierung mit, daß die Unterzeichnung dieses Protokolls die unerläßliche Bedingung für die Uebergabe der Souveränität über das Memelgebiet an Litauen sei. Die alliierten Regierungen fordern die litauische Regierung auf, im Laufe eines Monats vom Tage der Ueberreichung des Konventionsentwurfs an gerechnet (d. h. also bis zum 9. September) mitzuteilen, ob sie bereit ist, den Konventionsvertrag und das Schlußprotokoll ohne jede Abänderung und Klausel zu unterzeichnen. Zum Schluß gibt die Botschafterkonferenz der Ueberzeugung Ausdruck, daß die litauische Regierung nicht die Mächte der Entente in die Notwendigkeit versetzen werde, sich an den Völkerbundsrat zu wenden, um eine Entscheidung über die im Memelgebiet geschaffene Lage herbeizuführen.

Rußlands Annäherung an China.

Moskau, 19. 8. (O.-E.) Unter Hinweis auf den Mißerfolg der russisch-japanischen Verhandlungen vertreten die amtlichen Moskauer „Iswestija" den Standpunkt, daß sich die russische fernöstliche Politik künftig in entschiedener Weise auf eine Annäherung an China einzustellen habe. Das Blatt schreibt, die japanische Diplomatie habe offenbar die letzten russisch-japanischen Verhandlungen nur angeregt, um die Uebersiedlung des russischen Gesandten in Peking, Joffe, nach Tokio zu erwirken und die geplanten russisch-chinesischen Verhandlungen zu verhindern. Gleichzeitig sollten durch diesen Schachzug diejenigen japanischen oppositionellen Kreise getäuscht werden, die eine Verständigung mit Sowjetrußland verlangen. Jedoch seien die russisch-chinesischen Verhandlungen dadurch nicht verhindert, sondern **nur vertagt** worden. Durch diese Ausführungen des sowjetamtlichen Blattes wird die Mission Karachans, der sich als russischer Sonderbevollmächtigter bereits nach Peking unterwegs befindet, besonders unterstrichen.

Die Beratungen des Reichskabinetts

Das Reichskabinett trat, wie gestern bereits angekündigt, gestern abend zu einer eingehenden Besprechung seiner zukünftigen Finanz- und Wirtschaftspolitik zusammen. Die Beratungen dauerten bis in die Nachtstunden hinein an. Voraussichtlich werden sie heute noch weiter fortgesetzt werden.

Ablehnung des Bergarbeiterschiedsspruchs.

Essen, 20. 8. In einer gestern abgehaltenen Vertrauensmänner-Versammlung des Alten Bergarbeiterverbandes wurde zu dem Schiedsspruch für den Bergbau Stellung genommen. Die Versammlung lehnte den Schiedsspruch ab, da die Entlohnung nicht genügend sei und die Bergarbeiter auch ein Recht zum Leben hätten.

Für Aenderung der Kreditgewährung

Hannover, 20. 8. (T. U.) Die Industrieverbände Hannovers haben an den Reichskanzler folgendes Telegramm gesandt: Die Kreditnot der Industrie erfordert unverzüglich Maßnahmen, sonst ist Zusammenbruch selbst mittelstarker Betriebe in kürzester Zeit zu gewärtigen. Einschneidende Aenderung der Kreditgewährung seitens der Bank muß gefordert werden. Der zurzeit von diesen zur Verfügung gestellte Kreditbetrag beträgt etwa nur den hundertsten Teil des im Frieden gewährten Kredits. Grund hierzu soll in ungenügender Anpassung der Reichsbank an augenblickliche Verhältnisse zu suchen sein. Bitten dringend, recht bald bei der Reichsbank Aenderung durchzusetzen.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

	20. 8.	18. 8.		20. 8.	18. 8.
Tägl. Geld	4½ %	nom.	Brüssel	—,—	4.42
Berlin	0,000013 G 0,000015 B	0,000025 G 0,000027 B	Amsterdam.	39,34	39,35
			Zürich	—,—	18,08
höchster	0,000021	0,000027	Kopenhagen	18,50	18,57
niedrigst.	0,000012	0,000024	Prag	2,90	2,93
London			Rom	—,—	4.28
Kabel Tr.	4,55,62	4,56,00	Madrid	—,—	13,59
Lond. 60 T.	4,52,75	4.53,00	Silber, ausl.	63	62½
Paris	5,57	5.52	„ inl.	—	—

New York, Produktenmarkt.

	20. 8.	18. 8.		20. 8.	18. 8.
Kaffee loco	10⅞	—,—	Eisen	25,50	25,50
„ Sept.	8,74	—,—	Weissblech	5,62	5,62
„ Dezbr.	7,80	—,—	Schmalz	12.00	12,12½
„ März	7,45	—,—	Talg	6¼	7½
„ Mai	7,25	—,—	Bw. Saatöl l.	10,25	10.50
„ Juli	7,08	—,—	„ Sept.	10,35	10.30
Baumwolle l.	25,50	25,40	Petroleum Cas.	15,40	15,40
„ Aug.	24,95	24,66	„ Tanks	5,50	5,50
„ Sept.	24,70	24,.0	„ Stand wh.	12,50	12,50
„ Okt.	24,30	24,13	„ Cred. Bal.	3,00	3,00
„ Nov.	24,20	23,95	Rohzucker	5.78	—,—
Zufuhr	9 000	6 000	Terpentin	0 96	0,96
Kupfer el.	14,00	14	„ Sav.	0,89¼	0,90
Blei	6,62	6.62	Baumw. N.Orl.	24,75	25,00
Zinn	6,45	6,47			

	20. 8.	18. 8.		20. 8.	18. 8.
Weizen, rot	112	111¼	Mehl. Sp.	5,00-5 50	5,00-5,50
Hardw.	115	114¼	Getrfr. Engl.	1 sh 6 d	1 sh 6 d
Mais n.Ernte	107¼	103½	Kaolin	6 cts.	6 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	20. 8.	18. 8.		20. 8.	18. 8.
Weizen Sept.	99¾	99½	Rippen Sept.	8,35	8,47½
„ Dez.	104	103⅞	Speck niedr.	8,00	8,22½
Mais Sept.	82⅞	79¼	„ höchst.	9,00	9,00
„ Dez.	64⅞	63½	Leichte niedr.	8.60	8,30
Hafer Sept.	37⅞	37¼	Schwein. höchst.	8,85	8,65
„ Dez.	39¼	39½	Schwere niedr.	8,00	7,90
Roggen Sept.	64⅞	65	Schwein. höchst	8 50	8,25
„ Dez.	68	68¼	Zufuhr Chicago	53 000	6 (00
Schmalz Sep.	11,05	11.17½	Zufuhr Westen	132 000	52 000
„ Okt.	11,15	11,32½			

Die Not der Deutschen in Rumänien.

Von unserem Sonderberichterstatter.

Bukarest, 15. 8.

Eine Kommission des Völkerbundes bereiste kürzlich Siebenbürgen, um die besonders in der englischen Presse laut gewordenen Beschwerden der völkischen Minderheiten zu untersuchen. Die Kommission bestand aus einem Franzosen, einem Spanier und einem Norweger und besuchte die Siedlungsgebiete der Deutschen und der Madjaren. Sie wurde von einem Generaldirektor des rumänischen Innenministeriums geführt und hat u. a. auch die die Städte Kronstadt, Hermannstadt und Klausenburg berührt. In letztgenannter Stadt hat sich die Kommission, wenn die hier vorliegenden Meldungen auf Wahrheit beruhen, den Führern der Madjaren gegenüber, die ihre Beschwerden vortragen wollten, ganz eigenartig benommen. Sie lehnte zunächst jeden Empfang ab, bis schließlich der Norweger sich der Minderheitsführer annahm. Der rumänische Generaldirektor sagte zu, daß die Beschwerden, die sich in der Hauptsache auf die Romanisierung der Schule und die Wegnahme des der reformierten Kirche gehörenden Bodens bezogen, in einer demnächst mit den Minderheitsführern abzuhaltenden Konferenz untersucht werden würden. Wer die Taktik der Regierung kennt, weiß schon heute, daß dabei für die Minoritäten, auch für die deutsche, wenig oder nichts herauskommen wird. Angesichts des Vorkommnisses in Klausenburg und der Klagen, die die Madjaren dort vorbrachten, ist es nützlich, einmal die heutige Lage der Deutschen in Großrumänien einer näheren Betrachtung zu unterziehen.

In den Karlsburger Beschlüssen der siebenbürgisch-rumänischen Nationalversammlung, die den Anschluß Siebenbürgens an das Königreich Rumänien aussprachen, ist der Satz enthalten, daß den völkischen Minderheiten das Recht zuerkannt wird, sich von Volksgenossen in der Muttersprache unterrichten, richten und verwalten zu lassen. Altrumänien hat diesen Grundsatz bei Uebernahme der Herrschaft anerkannt, und König Ferdinand hat ihn bei der Krönungsfeier in Karlsburg in feierlicher Weise ausdrücklich mit fast den gleichen Worten als seiner Auffassung und seinem Willen entsprechend bezeichnet. Der König fügte hinzu, daß die völkischen Minderheiten entsprechend ihrer Bevölkerungsziffer auch an der Regierung des Staates teilnehmen sollten; er sei der Ueberzeugung, daß durch eine solche Minoritätenpolitik die Staatsbürger nichtrumänischer Rasse zur freudigen und ersprießlichen Mitarbeit an den Staatsaufgaben herangezogen würden zum Wohle des gemeinsamen Vaterlandes. Die Auffassung der regierenden rumänischen Kreise stand also damals in schroffem Gegensatz zu der von den Madjaren in Großungarn bis zum Kriegsende gehandhabten Minderheitenpolitik.

In der Praxis lief nach der Uebernahme der neugewonnenen Gebiete die rumänische Regierungspolitik den deutschen Minderheiten gegenüber darauf hinaus, diesen dort, wo ihnen die frühere Regierung die deutsche Schule genommen hatte, den Unterricht in der Muttersprache zu gestatten. Es kann ruhig ausgesprochen werden, daß es z. B. für die Banater Schwaben ein Glück zu nennen war, daß sie — zum größten Teil — unter rumänische Herrschaft kamen. Wären sie noch zwanzig Jahre bei Ungarn verblieben, so wären sie nach Ablauf dieser Zeit völlig madjarisiert gewesen. Bei den Siebenbürger Sachsen lagen die Verhältnisse insofern günstiger, als diese seit Jahrhunderten von den ungarischen Königen verbriefte Rechte der Autonomie in Schule, Kirche, Verwaltung usw. besessen hatten, von denen sie allerdings die selbständige Verwaltung vor Jahrzehnten verloren. Aber die Einheit der Schule und Kirche hatten sie allen Madjarisierungsbestrebungen zum Trotz sich deutsch zu erhalten gewußt. Die Rumänen tasteten die deutsche Kirche und Schule der Sachsen zunächst nicht an. Aehnlich wie bei den Banater Schwaben lagen die Verhältnisse bei den Deutschen in Beßarabien. Auch für sie brachte — zunächst — die rumänische Herrschaft Befreiung von den Entdeutschungstendenzen der bisherigen (russischen) Regierung. Vollständig frei von jedem Druck einer Entdeutschungspolitik waren seit jeher die Deutschen in der Bukowina gewesen; sie hatten sich vielmehr einer tatkräftigen Unterstützung von seiten der österreichischen Regierung zu erfreuen gehabt, und ihre deutschen Einrichtungen wurden in der ersten Zeit der rumänischen Herrschaft nicht angetastet.

Hatten so die Deutschen in Großrumänien anfangs infolge der vernünftigen Haltung der Regierung allen Grund, voll Hoffnung in die Zukunft zu sehen, so trat dagegen in der jüngsten Zeit ein schwerer Rückschlag ein. Die Politik der rumänischen Regierung gegenüber der deutschen Minderheit änderte sich grundsätzlich. Die erste große Enttäuschung wurde unseren Volksgenossen vom rumänischen Parlament beschert, als dieses das Verfassungsgesetz des neuen, vergrößerten Staates beriet. Trotz aller Mühe, die sich die Abgeordneten der völkischen Minderheiten, insbesondere die Mitglieder der deutschen Parlamentspartei, gaben, fanden die Zusagen der Karlsburger Beschlüsse, die Versprechungen des Königs und der sechs seit Kriegsende ans Staatsruder gelangten Regierungen keine Aufnahme in die Verfassung. Die Folge davon ist, daß die Deutschen Großrumäniens ihre innere Stellung zu diesem Staat änderten. Nicht, daß sie etwa an irgendeinen Irredentismus dächten. Das ist ja schon infolge der weiten räumlichen Trennung vom Muttervolk ausgeschlossen. Aber sie fragen sich, ob sie einem Staat gegenüber, der ihnen trotz aller dokumentarischen Versprechungen keine Rechte in der Verfassung geben will, noch Vertrauen schenken dürfen. Sie sagen sich, daß dieser Staat ein unehrliches Spiel treibe, denn der Grund seiner Weigerung, die im Friedensvertrag und vom Völkerbund stipulierten Minderheitenrechte in der Verfassung zu verankern, könne nur die Ueberlegung sein, daß